

Materialdienst

LÄNGSSCHNITT DURCH DIE GEISTIGEN STROMUNGEN
UND FRAGEN DER GEGENWART

34. Jahrgang/Nr. 6

15. März 1971

INHALT: VEGETARISMUS UND LEBENSREFORM (XXXV): Heilmittel und ihr Preis (Fortsetzung): Gesetze für Umweltschutz. Hoffnung auf die Wissenschaft. Ökologische Vorensur für die Produktion. Schädliche, aber notwendige Chemikalien. Schadenstifter sollen Schaden beseitigen. (Schluß folgt). / **AUS DER WELT DER AUSSERKIRCHLICHEN GLAUBENS- UND WELTANSCHAUUNGSGEMEINSCHAFTEN:** Spiritismus: Taufe durch jenseitigen „Geistlehrer“. – Judenchristliche Bewegung: „Freunde Israels e. V.“ und „Freundeskreis“. Fragwürdiges von der „Bruderschaft Salem“. – Baha'i-Religion: Statistik. Werbung soll verstärkt werden. – Heilungsbewegung: Spendengelder im Zwielicht. Kritisches über Osborn.

Vegetarismus und Lebensreform (XXXV)

Heilmittel und ihr Preis (Forts.)

Aber wir wollen nicht vorgreifen. *Was ist bis jetzt geschehen?* Was ist geplant? Sehr viel. Vor allem in den Industrieländern ist die Öffentlichkeit alarmiert. Ein „Umweltbewußtsein“ wurde geweckt. Organisationen entstanden, die über den Umweltschutz wachen, Aufklärungsarbeit treiben, Vorschläge erarbeiten. Industriefirmen erhöhen ihre Aufwendungen, um Umweltschädigungen zu verhüten. Kommunalverwaltungen mühen sich um örtliche Sauberkeit. Lehrstühle für Ökologie wurden errichtet, Sachverständigenteams gebildet, Strafbestimmungen verschärft. Regierungen — in Schweden, Frankreich, Japan u. a. — erließen oder planen Gesetze. Die *Bundesregierung* verabschiedete auf Vorschlag des neugeschaffenen Kabinettsausschusses für Umweltfragen am 17. September 1970 ein Sofortprogramm für Maßnahmen gegen Luft- und Wasserverunreinigung, Lärm und Anwendung von Bioziden, für Naturschutz, Landschaftspflege und technologische Umweltforschung. Als es am 16. Dezember 1970 dem Bundestag vorgelegt wurde, bezeichnete Bundesminister Hans-Dietrich Genscher den Umweltschutz als „eine gesellschaftspolitische Aufgabe ersten Ranges“ und sagte: „Zum menschenwürdigen Dasein gehört, daß der Mensch frei atmen kann, ohne befürchten zu müssen, mit jedem Atemzug schädliche Stoffe aufzunehmen. Zum menschenwürdigen Dasein gehört, daß der Mensch Wasser trinken kann und daß er sich mit sauberem Wasser waschen kann. Und es gehört dazu, daß er ein Recht auf von Motoren- und Maschinenlärm nicht gestörten Schlaf hat.“

Das Anfang 1970 beschlossene *amerikanische Umweltgesetz* — „National Environmental Policy Act“ — forderte die Amerikaner auf, ihre Einstellung zur Umwelt zu ändern und „die Verantwortung zu erfüllen, die jede Generation als Hüter der Umwelt gegenüber den nachfolgenden Generationen hat“. Präsident

Nixon rief „die totale Mobilmachung“ aus und der Kongreß beschloß die Einführung eines nationalen „Earth Day“, der jeweils im Frühjahr stattfinden soll als Tag der Mahnung und der Sehnsucht nach reiner Luft und reinem Wasser, nach Baum und Blume und menschenwürdigem Leben in der Stadt.

Der *Europarat* erklärte das Jahr 1970 zum „Europäischen Naturschutzjahr“. Die 17 beteiligten Länder nahmen sich für dieses Jahr pädagogische Aufgaben, gezielte Maßnahmen des Landschafts-, Vogel-, Gewässerschutzes, der Müllbeseitigung, der Errichtung von Naturparks u. a. m. vor. Die *Weltbank* beschloß, jedes Entwicklungsprojekt, das sie finanzieren soll, zuvor auf die Folgen zu prüfen, die der geplante Eingriff für die Landschaft haben wird. Die *Vereinten Nationen* wollen im Juni 1972 eine Weltkonferenz für Umweltschutz in Stockholm veranstalten. Zuvor soll ein „Rapport über den Stand der menschlichen Umwelt“ alle verfügbaren Informationen über den Stand des Umweltschutzes bekannt geben. Die Konferenz selbst soll folgende Themen behandeln: Planung und Pflege der Wohngebiete zwecks Verbesserung der Umweltbedingungen; Bewirtschaftung der natürlichen Hilfsgüter; Kampf gegen die Verschmutzung und andere Umweltschädigungen von internationalem Ausmaß; die erzieherischen, gesellschaftlichen und kulturellen Aspekte des Umweltschutzes; die wirtschaftlichen und finanziellen Aspekte; die rechtliche Verankerung der vorgeschlagenen Maßnahmen auf internationaler Ebene.

Nun ist es ein weiter Weg von Parolen und Programmen zu sachgerechten technischen und gesetzlichen Maßnahmen. Und noch weiter und voller Risiken und Konflikte ist der Weg bis zu ihrer Durchführung. Denn es sind *Hindernisse vorhanden, die schwer, teilweise überhaupt nicht überwunden werden können*. Es handelt sich um Aufgaben, die so kompliziert und vielfach noch so undurchsichtig sind, daß selbst Sachkenner um richtige Lösungen verlegen sind. Oder es bestehen unentrinnbare Zwänge, die keinen Ausweg, sondern nur die Wahl zwischen zwei Übeln erlauben. Dazu kommen die vielfältigen Gegensätze lebenswichtiger Interessen auf wirtschaftlicher, politischer und sozialer Ebene, die durch umweltschützerische Maßnahmen berührt werden. So ist es ein Dickicht schwerster Probleme, das angegangen werden muß. Und wenn es überhaupt gelingt, damit fertig zu werden, fordert es ein hohes Maß an Sachkenntnis, erfinderischer Intelligenz, internationaler politischer Zusammenarbeit, finanziellen Opfern, wachem Verständnis der breiten Öffentlichkeit und Änderung menschlicher Lebensgewohnheiten. Am wenigsten helfen Simplifizierungen und Emotionen, wie sie einstweilen in der öffentlichen Diskussion noch gang und gäbe sind. Auch Patentlösungen, die häufig vorgelegt werden, erweisen sich allermeist als Niete. Ein paar Gesichtspunkte und Tatbestände mögen die Schwierigkeiten beleuchten.

1. Einen besonderen Erfolg verspricht man sich von dem *Bemühen der Wissenschaftler und Techniker*, schädliche Stoffe durch andere zu ersetzen, die gleich wirksam sind, ohne Luft und Wasser zu verpesten und die Müllbeseitigung zu belasten. In der Tat, es ist hier vieles im Gang. So arbeitet man an Kunststoffen, die sich nach einiger Zeit wieder von selbst zersetzen. Das Jenaer Glaswerk will ein Glas entwickeln, das verrottet und dann noch einen Düngeeffekt hat. Für Benzinmotoren werden bleifreie Antiklopfmittel gesucht. Man hält Ausschau nach Ersatz für das Phosphat in den Waschmitteln. Automatische Meßgeräte werden konstruiert, um die Schadstoffe in der Luft festzustellen und laufend zu kontrollieren. Verfahren zur Reinigung der Industrie-, Hausbrand- und Autoabgase von Kohlenmonoxyd, Kohlenwasserstoff und nitrosen Gasen werden entwickelt. Neuartige Wasserreinigungswerke werden gebaut, die in einem viel-

schichtigen Verfahren selbst die giftigsten Abwässer wieder für den menschlichen Gebrauch bereitmachen. Man kann Müll durch Erhitzen auf 1000 Grad in abgeschlossenen Kammern auf 15 Prozent des ursprünglichen Volumens reduzieren und die Schlacken als Düngemittel verwenden.

Auf diese Weise und mit den nötigen finanziellen Mitteln kann man zweifellos viel erreichen. *Pittsburgh* begann 1952 ein Projekt von 200 Millionen Dollar für Reinigung der Luft. Als bald verbesserte sich die Sicht im Stadtzentrum um 77 Prozent gegenüber 1945; die Stadtreinigung sparte 26 Millionen ein und die Reinigungsrechnungen für Wäsche sanken um 5,5 Millionen Dollar. In *London* konnte mit dem „Clean Air Act“ von 1956, einem drastischen Luftschutzgesetz, die Luftverschmutzung um 80 Prozent gesenkt, der Nebel aus der Innenstadt vertrieben werden; die winterlichen Sonnentage nahmen um 50 Prozent zu, und 70 Singvogelarten kehrten zurück.

Aber man darf keine Wunder von den Wissenschaftlern erwarten. Die Biosphäre bildet ein *ungeheuer kompliziertes Geflecht von Kreisläufen*, die die vier Elemente, Kohlenstoff, Sauerstoff, Wasserstoff und Stickstoff durchlaufen. Alle diese Kreisläufe sind, wie B. Commoner (Universitas 1970, 9) schreibt, durch das Wirken von Lebewesen aller Stufen angetrieben: Die grünen Pflanzen verwandeln Kohlendioxyd in Fasern, Nähr- und Brennstoffe und bilden zugleich den Sauerstoff, von dem die ganze Tier- und Menschenwelt lebt. Sie binden auch anorganischen Stickstoff in Eiweiß, einen wichtigen Bestandteil der Nahrung. Die Tiere leben von den durch die Pflanzen gebildeten Nährstoffen und regenerieren ihrerseits die anorganischen Verbindungen — Kohlendioxyd, Nitrate, Phosphate — die das Leben der Pflanzen unterhalten. Unzählige Mikroorganismen im Boden und Wasser sind an diesen Kreisläufen beteiligt. Es ist „ein riesiges Gewebe biologischer Wechselwirkungen“, von dessen Unversehrtheit auch alles menschliche Leben und Schaffen abhängt. Schon jede natürliche Landschaft ist ein durch unzählige Komponenten geprägtes Gebilde; wird die im Lauf einer langen Entwicklung entstandene Symbiose der Pflanzen- und Tierwelt an einer Stelle gestört, dann läßt sich nicht absehen, welche Kettenreaktionen dies auslöst. Jeder Fluß ist mit seinen Pflanzen und Tieren „wie eine ungeheuer stellenreiche Rechnung — wenn sich eine Zahl ändert, ändert sich auch das Ergebnis, nämlich das ausgewogene Zusammenleben aller Organismen“ (Stuttgarter Zeitung 36, 13. 2. 1971).

So sind überall viele und verschiedenartige Faktoren im Spiel. Kein Fachmann kann mit Sicherheit voraussagen, welche Folgen zum Beispiel die Aufheizung eines Flusses durch einen Atomreaktor für die Lebewelt hat. Oder: Im Jahr 1963 entdeckten die Australier eine plötzliche „Bevölkerungsexplosion“ des bis dahin seltenen „*Dornenkronen-Seesterns*“. Diese Tiere drohen seitdem das ökologische Gleichgewicht ganzer Lebensgemeinschaften des Ozeans zu erschüttern. Sie ernähren sich von Korallenriffen und haben schon ganze Riffe vor Hawaii's Badestränden, vor den Küsten Australiens und Guams abgenagt. Woher ihre ungeheure Vermehrung? Der Biologe Walter Thomson in Los Angeles hat den Verdacht, daß chemische Pestizide, die ins Meer geleitet wurden, nicht nur die gewünschten Schädlinge, sondern auch die natürlichen Feinde der Seestern-Eier vernichtet haben. Oder: In manchen Gebieten Südafrikas begann die *Bilharziose*, eine gefährliche Wurmkrankheit, unter der Bevölkerung zu grassieren. Man suchte zunächst vergeblich nach der Ursache. Erst später kam der Zusammenhang zutage. Es war einmal systematisch Jagd auf die „unnützen“ Flußpferde gemacht worden, die den Schiffen den Weg versperreten. Die badenden schweren Tiere hatten den Flußschlamm in Bewegung gehalten und als sie an Land gingen Ka-

näle hinterlassen, durch die das Wasser bei Überschwemmungen aus dem Uferbereich abfließen konnte. Nun sie gemordet worden waren, blieb das Wasser zurück und bildete Tümpel und Sümpfe; in ihnen konnten sich die Wasserschnecken vermehren, die ihrerseits dem Bilharziose-Erreger als Zwischenwirte dienen. Diese Beispiele zeigen, daß der Mensch nicht behutsam genug mit der Naturwelt umgehen kann; auch die wissenschaftliche Forschung ist noch weit davon entfernt, alle Zusammenhänge und Wechselwirkungen zu erkennen und Eingriffe zu verhüten, die Schaden anrichten.

2. Es wird die Forderung an die Industrie gestellt, daß künftig *jedes neue Produkt unter ökologischen Gesichtspunkten zu prüfen* ist. Das bedeutet im einzelnen: Das Produkt muß unschädlich sein; das Material muß nach Gebrauch wieder in den Produktionskreis aufgenommen und neu verwertet werden können; oder es muß mindestens schadlos und ohne hohen Kostenaufwand beseitigt werden können; es muß geprüft werden, wie groß die Vorräte an Bodenschätzen sind, die dafür benötigt werden; es muß gefragt werden, ob und welche Umweltschäden bei der Ausbeutung der Bodenschätze, bei der Verarbeitung des Materials und beim Transport der Produkte entstehen können.

Diese Grundsätze sind goldrichtig. Aber ihre *Durchführung setzt voraus*: daß alle Staaten der Welt sie strikte und gleichermaßen in ihren Industrien durchführen und überwachen; daß sie auch rückwirkend auf die ganze bisherige Produktion angewendet werden; daß die Forschung in der Lage ist, mögliche Umweltschäden in allen Bereichen der Nah- und Fernwirkung eindeutig festzustellen. Diese Voraussetzungen sind nicht gegeben. Sie werden auch, mindestens in absehbarer Zeit, nicht erfüllt werden. Denn dazu wäre ein internationales Einvernehmen über alle Gegensätze der ideologischen Blöcke und Wirtschaftskonkurrenzen hinweg nötig. Es wären Eingriffe in die Wirtschaft erforderlich, die ganze Industriezweige gefährden oder lähmen würden. Die ökologische Wissenschaft müßte über Kenntnisse von dem dichten Geflecht der Wechselwirkungen in der Biosphäre verfügen, die an Allwissenheit grenzen, ihr jetzt jedenfalls noch bei weitem nicht zur Verfügung stehen. Fast immer, erklärte der Limnologe Dr. W. Nümann, erfolgt nach jedem Eingriff eine Kettenreaktion, deren einzelne Glieder nicht leicht erkannt werden. Ganz plötzlich stehen wir vor einem Ereignis, ohne daß die Ursachen oder Zusammenhänge erfaßt werden, oder zu spät. Nach Dr. Ing. Johannes Spintzyk („Umwelt — Forschung, Gestaltung, Schutz“ 1971, 1) erfordert das „technological forecasting“ das heißt die Prüfung technischer (und auch wissenschaftlicher) Neuerungen im Blick auf ihre Auswirkungen auf die Zukunft einen Zeitraum von 10 bis 25 Jahren.

3. Noch tragischer ist ein weiterer Tatbestand: Es gibt Produkte, vor allem chemische, deren Umweltschädlichkeit erwiesen ist, auf die aber *aus zwingenden Gründen nicht verzichtet* werden kann. Ein Beispiel sind die *anorganischen Düngemittel*, besonders Stickstoff. Sie steigern den Ernteertrag beträchtlich. Aber zugleich vermindert die damit verbundene Verarmung des Ackerbodens an organischem Material die Fähigkeit der Pflanzen, den Dünger aufzunehmen; der unbenutzte Stickstoff gelangt in die Gewässer und bewirkt dort zusammen mit den Nitraten ein üppiges Pflanzenwachstum, so daß sie die Kraft zur biologischen Selbstreinigung verlieren. Es ist auch eine Frage, ob durch den künstlichen Dünger nicht die Qualität der Erntefrüchte gemindert wird. Darüber hinaus diskutieren Fachleute darüber, ob es richtig ist, chemische Mittel gegen Unkraut und Schädlinge einzusetzen. Es gibt Biologen wie Joseph Cocannouer („Unkraut, Hüter des Bodens“) und F. C. King („Das Unkrautproblem — Eine neue Betrachtung“), die eine Unkrautbekämpfung für falsch halten, weil das

Unkraut den Boden aufbaut und beschützt und durch Auflockerung mit seinen tiefreichenden Wurzelfasern gute Lebensbedingungen für die Mikrofauna und -flora schafft, die jeden Boden ertragreicher machen. Andere, wie Albert Howard, vertreten die Auffassung, daß nicht Insektenschädlinge, sondern erschöpfte Böden die Ursachen von Pflanzenkrankheiten seien. In Wahrheit seien diese „Schädlinge“ als Gesundheitspolizei zu betrachten, die solche gefährdete Pflanzenbestände aufspüre und signalisiere. Gefährlich würden sie nur durch Massenverbreitung; diese aber werde durch Monokultur ermöglicht, durch Fruchtwechsel und Anpflanzung vogelfreundlicher Bäume und Hecken verhindert.

Diese Auffassung wird zunächst in Fachkreisen erörtert. Da und dort wird sie auch praktiziert. Ob sie sich durchsetzen wird, steht dahin. Aber selbst wenn sie zu einer Reform der Landwirtschaft führt, braucht das eine lange Zeit. Und es ist sehr fraglich, ob die Ernteerträge dadurch gesteigert werden können. Sie *müssen* aber gesteigert werden, um mit dem Bevölkerungswachstum einigermaßen Schritt zu halten.

Darum kann, mindestens einstweilen, auf chemische Mittel nicht verzichtet werden. Dabei gehört auch das zu den tragischen Folgen, daß mit der Massenvernichtung von Schädlingen durch Insektizide zwar die Ernteerträge gesteigert, aber zugleich andern Lebewesen — Insekten, Vögeln, Fischen — die Nahrungsquellen weggenommen werden.

Eines dieser *Insektizide ist das DDT*. Als es eingeführt wurde, galt es als ungefährlich. Heute weiß man es besser. In vielen Ländern wurde es verboten. Jetzt auch in der Bundesrepublik. Aber mit dem Verbot allein ist es nicht getan. Es muß ein Ersatz dafür bereitgestellt werden. Aber ein solcher ist nicht vorhanden. Was also tun? Die *Weltgesundheitsorganisation WHO warnte*: Mit Hilfe von DDT wurden in den letzten 25 Jahren mehr als eine Milliarde Menschen vor der Gefahr der Malariaerkrankung bewahrt; ein Verbot würde eine Katastrophe für ungeheure Bevölkerungsmassen bedeuten. In Ceylon ging von 1946 bis 1961 die Zahl der Malariafälle von 2,8 Millionen auf ganze 110 zurück; als auf DDT verzichtet wurde, stiegen die Erkrankungen wieder 1968 und 1969 auf zusammen 2,5 Millionen. Aber DDT ist und bleibt Gift. Es wandert über Pflanzen und Tiere in die menschliche Nahrung.

Andere Gifte — aus Luft und Wasser, aus Antibiotika und Konservierungsmitteln — nehmen den gleichen Weg. Zu einem Gesetzesentwurf betr. *Gesamtreform des Lebensmittelrechts*, den das Bundeskabinett am 11. Februar 1971 verabschiedete, bemerkte das Bundesfamilienministerium unter anderem, für Lebensmittel dürfe künftig nur noch in ganz besonderen, genau umschriebenen Ausnahmefällen mit der Empfehlung geworben werden, sie seien „natürlich“ oder „naturrein“. „Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, daß in Anbetracht der ständig zunehmenden Umweltverschmutzung heute kaum noch ein Lebensmittel als natürlich oder naturrein bezeichnet werden kann.“

Hier öffnet sich ein Blick in die *Unentrinnbarkeit des Verhängnisses*, unter dem die Menschheit steht. Sie hat die Wahl, mit dem Gift zu leben und Krankheiten und Lebensverkürzungen in Kauf zu nehmen oder aber unzählige Millionen dem Hunger- und dem Seuchentod zu überliefern. Das gilt nicht nur in bezug auf DDT und andere chemische Erzeugnisse. Die ganze *technisch-industrielle Entwicklung ist irreversibel*. Eine Rückkehr in vorindustrielle Zustände würde Elend und Tod über die Industrieländer und über alle Länder der Welt bringen. Schon ein Leben der modernen Gesellschaft ohne Auto und Elektrizität, ohne Massenmedien, Flugverkehr und Telefon wäre undenkbar. Dazu kommen die unzähligen industriell erzeugten Bedarfsartikel für Haushalt und Beruf, die so

nötig sind wie das tägliche Brot. Sie alle erfordern zu ihrer Herstellung Rohstoffe und Energie und chemische Elemente und Maschinen. Allein in der Bundesrepublik stieg von 1950 bis 1969 der Steinkohlenverbrauch von 83 auf 231 Millionen Tonnen, die Stromerzeugung von 44 auf 226 Milliarden Kilowatt, die Zahl der Starts und Landungen auf den Flughäfen von 52 000 auf 550 000, die Zahl der Autos von 700 000 auf 14 Millionen. In andern Ländern ist es ähnlich. Die Industrie wächst, weil der Bedarf wächst. Der Produktionsprozeß aber ist immer mit Beeinträchtigung der Umwelt verbunden. Sie ganz unterbinden zu können, ist eine Utopie.

4. Es bleibt nur das bescheidenere Ziel, die Umweltschäden so gering wie möglich zu halten. Das ist eine Forderung, die man zuerst an die Industrieunternehmen zu richten pflegt. Es wurde von Regierungen und auch vom Europarat der Grundsatz aufgestellt: *Wer Umweltschäden verursacht, ist verpflichtet, sie zu beseitigen* oder wenigstens zu verringern. Diese Forderung leuchtet ein. Es werden jetzt schon von *Industriewerken* beträchtliche Mittel aufgebracht, die freilich bei weitem nicht ausreichen. Im „Unternehmerbrief des Deutschen Industrieministeriums“ (7, 11. 2. 1971) werden die Gesamtleistungen der deutschen Industrie für Luft- und Wasserreinhaltung 1956 bis 1969 auf 8 Milliarden DM geschätzt. Besonders die großen Chemiewerke wenden erhebliche Beträge auf, so zum Beispiel der amerikanische Chemiekonzern du Pont 10 Prozent, die deutsche Chemie 6 Prozent ihrer Investitionen. Andere Industrien leisten weniger. Das mag nicht immer an einem mangelnden guten Willen liegen. Es spielen hier sehr harte Realitäten herein: Unkostensteigerung und Preise, Konkurrenzfähigkeit und Rentabilität, international gleichmäßige Kostenbelastung, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

Kommt noch hinzu, daß heute keineswegs die Industrie die Hauptquelle der Umweltverschmutzung ist, sondern das *Heer der Konsumenten*. Man müßte also auch sie heranziehen. Man müßte zum Beispiel die Autobesitzer mit einer Lärm- und Abgassteuer belegen, die Inhaber einer Ölheizung nach dem Schwefelgehalt ihres Heizöls, die Abnehmer von Einwegflaschen und Blechverpackungen nach den erhöhten Beseitigungskosten besteuern, müßte die Motorbootfahrer, Flugzeugpassagiere, die Wasserschädiger durch Phosphatwasch- und Düngemittel, die Camper und Wegwerfsünder in Wald und Landschaft und viele andere anteilmäßig zahlen lassen! Aber welche Verwaltung könnte eine solche Aufgabe übernehmen? So bleibt nur die Möglichkeit, offensichtliche und schuldhaft frevelnde Umweltschädiger anzuzeigen und zur Wiedergutmachung zu zwingen, aber die allgemeinen Sanierungskosten aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten.

(Schluß folgt)

Aus der Welt der außerkirchlichen Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften

SPIRITISMUS

Taufe durch jenseitigen „Geistlehrer“

Im Rahmen der gottesdienstlichen Versammlungen der *Geistigen Loge Zürich* finden gelegentlich auch Taufen statt, die durch den jenseitigen *Geistlehrer Josef* vorgenommen wer-

den. Dieser hatte nach seinen eigenen Angaben einst in Schottland gelebt, war Mitglied der Kirche und Familienvater gewesen und 1925 gestorben. Ein durchschnittliches Erdendasein

also. Im Jenseits aber erwarb er sich große religiöse Erkenntnisse und es drängte ihn, sie den Erdenmenschen mitzuteilen. Er tut dies in der 1948 gegründeten Geistigen Loge Zürich durch Vermittlung des Mediums Beatrice in Vortragsreihen und Fragenbeantwortung.

Bei der *Tauffeierlichkeit* am 6. September 1970 — zwei Elternpaare wollten ihre drei Kinder durch Geistfreund Josef segnen und Gott weihen lassen — hielt dieser nach einem Bericht der „Geistigen Welt“ (2, 6. 1. 1971) zu Beginn eine Ansprache, in der er an das Wort Jesu erinnerte: „Lasset die Kindlein zu mir kommen, denn ihrer ist das Himmelreich.“ Die Kinder seien von den Engeln Gottes in das Erdenleben getragen worden, und die Eltern hätten ihnen den Leib gegeben; „der ewige Lebensfunke in ihnen aber kommt von Gott“. Und nun sind die Eltern „in der christlichen Gesinnung und in tiefem Glauben an uns“ hierher gekommen, damit „der Segen Gottes durch uns auf sie übertragen werde“. Sie haben „als symbolische Zeichen“ Wasser und Salz bereitgestellt — das Wasser als Zeichen der Reinheit, der Klarheit, des Ewigen, und das Salz als das Zeichen der alles durchdringenden Liebe, der Verbundenheit und des Wohlwollens.

Bei der *Taufhandlung* erhielten die Kinder, wohl durch das Medium mit Wasser und Salz das Zeichen des Kreuzes auf die Stirn. Der Akt wurde jeweils mit einer *Segensformel* verbunden. Beim ersten Kind: „Im Namen Gottes trage das Zeichen des Kreuzes — dieses Wasser wird zum Heil und Segen deiner Seele sein, denn dieses Zeichen soll dich durch dein Leben begleiten. Und so wachse heran als Christ, handle und lebe so und werde von uns geführt durchs Leben. Gehe in die Welt hinaus und werde stark und bleibe mit uns verbunden.“ Beim zweiten Kind: „So gebe ich dir das Zeichen des Kreuzes mit diesem Was-

ser, dem Zeichen der Reinheit. Und empfang auch du von dem kostbaren Salz, dem symbolischen Zeichen der alles durchdringenden Liebe. Und trage auch du das Zeichen des Kreuzes und der Verbundenheit mit uns ins Leben hinaus.“ Ähnlich waren die Segensworte Josefs beim dritten Kind.

Dann wandte sich der jenseitige „Geistfreund“ *an die Eltern*: „Die Kindlein sind aufgenommen in den Bund der heiligen Geister, und Schutzengel werden sie begleiten durchs Leben. Es ist tatsächlich so, die Kindlein haben ihren besonderen Schutzengel, der ihnen so lange treu bleibt, bis sie sich von ihm abwenden.“ Dies liegt in ihrer eigenen Entscheidung, denn alle Menschen haben Willensfreiheit. Josef mahnte die Eltern zur Verantwortung für die Kinder und erinnerte sie daran, daß das Erdenleben den inkarnierten Geistern die „Möglichkeit zur geistigen Aufwärtsentwicklung“ bietet. Deshalb warten viele Geister darauf, einverleibt zu werden, um die Prüfungen im Erdenleben durchstehen zu können. „Denn ihretwegen ist der Sohn Gottes geboren worden, sie zu erlösen von der Sünde des Abfalls und der dadurch entstandenen Trennung von Gott. Denn sie alle, diese Geister-scharen, haben sich einst abgewandt von Gott, und infolge ihres Ungehorsams mußten sie aus den herrlichen Himmeln ausgeschieden werden, und sie wurden in eine andere Welt verstoßen, und sie erlitten den *geistigen* Tod. So war es zur Trennung von Gott gekommen. Und von diesem geistigen Tod hat sie Christus erlöst, daß ein jedes sich durch eigene Anstrengung wieder auf den Heimweg zu Gott machen kann.“

So ist Christus der Weg und die Wahrheit. Aber man muß diesen Weg finden. Die *heiligen Geister und Schutzengel* bieten „euch Eltern wie Kindlein ihre freundschaftliche Verbundenheit an. Wir wollen die Kindlein auf ihrem Lebensweg begleiten

und fernhalten von ihnen, was ihnen schaden könnte. Wir wollen an ihnen zu fördern versuchen, was für ihr seelisches und leibliches Heil von Bedeutung ist. Wir sind euch und ihnen wohlgesinnt und haben euch alle eingeschlossen in unseren Bund mit allen

seligen Geistern. Ihr, liebe Eltern, könnt das Eurige dazu beitragen, daß die Kindlein im wahren christlichen Sinn erzogen werden. Denkt daran: sie sind euch als Pfand gegeben, wofür ihr einst Rechenschaft abzulegen habt.“

JUDENCHRISTLICHE BEWEGUNG

„Freunde Israels e. V.“ und „Freundeskreis“

Im *Freundeskreis der Karmel-See-mannskirche in Haifa*, dessen Mitglieder sich um die Zeitschrift „Kontakt mit Israel“ gesammelt haben (MD 1969, S. 94f, 140f), ist es zu einer Spaltung gekommen. „Unser Weg bis zum jetzigen Glaubensstand war“, so heißt es in „Kontakt“ (36, 1. Vierteljahr 1971), „nur mit Gottes Hilfe möglich und nur durch das Zusammentragen von biblischen Grundwahrheiten von vielen Israelfreunden. Entscheidenden Anstoß gaben dabei die messianischen Juden Moshe Ben-Maeir und der unvergessene Abram Poljak. Es ist nun an der Zeit, die Extreme auszusondern, um auf dem rechten Weg zu bleiben.“

Diese „Extremisten“ haben unter Führung von *Brüggemann* einen Verein „*Freunde Israels*“ mit eigenem Mitteilungsblatt gegründet. Die Zeitschrift „Kontakt“ sei, so bemängelten sie, „nicht jüdisch genug“. Ein weiterer Streitpunkt scheint der Plan von Dr. Asher Eder zu sein, in Jerusalem ein „Haus der Begegnung“ einzurichten. Die Führung dieses Hauses sei, stellte Friedrich Brode vom „Freundeskreis“ fest, „orthodox jüdisch mit buddhistischem Einschlag (Askese), was neue, zwecklose Schwierigkeiten unter den Freunden e. V. erwarten läßt“.

Der *Hauptgegensatz* besteht in der Frage, ob der Neue Bund, den Christus gestiftet hat, nur dem Volk Israel gelte oder auch für Nichtjuden zugänglich sei. Brüggemann verneinte letzteres ebenso wie Asher Eder. Er vertritt die Auffassung, daß „der Neue

Bund nur dem Volk Israel verheißen sei und wir Nichtjuden keinen Zugang dazu hätten“. Dagegen wandte Brode ein, daß das Blut Jesu doch für viele zur Vergebung der Sünden vergossen wurde und „auch mein persönliches Christuserleben ausmacht“; freilich werden die Heidenchristen nur durch den Kontakt mit Israel des Neuen Bundes teilhaftig. Sollen sie nun, wenn Brüggemann recht hat, gänzlich und endgültig vom Neuen Bund ausgeschlossen sein? Nein. Nach seiner Auffassung gilt diese Ausschließung nur für die jetzige Phase der Heilsgeschichte, die heute in ihr endzeitliches Stadium eingetreten ist. Aber diese Phase vergeht und mit ihr auch die Mittelpunktstellung Israels. Es gehört daher der „untergeordneten Heilslinie“ an. Sie wird abgelöst und überhöht durch die „Verheißung über das All“, in die alle eingeschlossen sind.

Man sieht, es sind nicht gerade elementare Gegensätze, die zur Trennung der beiden Gruppen geführt haben. Richard Geckes macht denn auch Brüggemann den Vorwurf: „Die Gründung Ihres Vereins und die Herausgabe eines neuen Blattes ist tatsächlich überflüssig und bestimmt kein gottwohlgefälliges Werk.“ Vor eine wirkliche Alternative, die zur Bildung eines eigenen Kreises genötigt hätte, sei er gar nicht gestellt worden und außerdem verursachen Spaltungen Kosten, die besser dem Staat Israel für seine Verteidigung zugewandt worden wären.

Fragwürdiges von der „Bruderschaft Salem“

In enger Verbindung mit Abram Poljak stand zeitweilig *Gottfried Müller*. Er machte sich dann selbständig und gründete 1957 die „Bruderschaft Salem“ in *Stuttgart*. Von seinen ausschweifenden Plänen caritativer Art, die er mit dieser Gründung verband, konnte er freilich nur einen Bruchteil verwirklichen. Nach einem Gerichtsprozeß — bei dem er freigesprochen wurde — siedelte er 1964 nach *München* über. Aber auch hier wurde die Staatsanwaltschaft auf ihn aufmerksam und erhob Anklage wegen Untreue (MD 1968, S. 42f). Über den weiteren Verlauf ist nichts bekannt geworden. Jedenfalls, Ende 1968 gründete G. Müller in *Frankfurt* eine GmbH unter dem alten Namen „Bruderschaft Salem“. Eine Anfrage unsererseits nach den Grundlagen, Tätigkeiten und Zielen dieser Frankfurter GmbH blieb unbeantwortet.

Nun teilt Pfarrer *Friedrich-Wilhelm Haack*, München, im epd Bayern (11.2.1971) mit, daß G. Müller 90 Prozent des Stammkapitals der GmbH kontrolliert. „Müller bekam für seine Arbeit in den vergangenen Jahren hohe Zuwendungen aus Buß-

geldern. Er bzw. die Bruderschaft Salem e.V. unterhalten in der Bundesrepublik eine Reihe von Heimen, darunter auch Kinderheime und Männerwohnheime in Stadtsteinach und in Frankfurt a.M. Während das Jahreseinkommen der Bruderschaft Salem e.V. Ende 1965 beim Registergericht mit 200 000 DM beziffert wurde, wurde 1969 eine Jahreseinnahme von 1 Million DM angegeben. In der gleichen Zeit wuchs das Vermögen der Organisation von 0 auf 500 000 DM.“

Wie Haack berichtet, ist das *Münchener Männerwohnheim* der Bruderschaft Salem in der Landwehrstraße in mindestens 8 Zimmern mit jeweils 8 Betten belegt. Die Bewohner sind hauptsächlich ausländische Arbeitnehmer. Die Wochenmiete pro Schlafplatz beträgt 23 DM, die Monatsmiete 90 DM. Die Bruderschaft Salem erzielt also für ein Zimmer im Monat mindestens 720 DM Einnahmen. Dabei sind die Mieter täglich 8 Stunden aus dem Heim ausgesperrt: von 8 Uhr an wird es geschlossen und erst ab 16 Uhr wieder für die Bewohner geöffnet.

BAHA'I-RELIGION

Statistik

Nach dem Stand vom 1. April 1970 sind, wie das Universale Haus der Gerechtigkeit mitteilt, 313 Länder und Gebiete „für den Glauben geöffnet“ gewesen. Baha'i-Gläubige gibt es in

42 341 Orten. Die Zahl der Örtlichen Geistigen Räte beträgt 10 318, die der Nationalen Geistigen Räte 94. Baha'i-Literatur wird in 428 Sprachen verbreitet.

Werbung soll verstärkt werden

„Der langsame Fortschritt des Glaubens in Deutschland muß für Ihren Rat ein Anlaß großer Sorge sein, und wir sind sicher, daß Sie viele Stunden des Nachdenkens und der Beratung diesem Problem widmen.“ So beginnt ein Brief, den das *Universale Haus der Gerechtigkeit* in Haifa am 11. Januar

1971 an den Nationalen Geistigen Rat der Baha'i in Deutschland richtete. Zwecks Förderung des Fortschritts des Baha'i-Glaubens schlägt das Universale Haus „vier Dinge“ vor.

Einmal: Die Gläubigen sollen sich die Macht und die Verheißung Baha u'llahs stärker vergegenwärtigen; das

befähigt sie, kühne Pläne zu entwerfen und sie vertrauensvoll auszuführen.

Sodann: Mit dieser Zuversicht ausgerüstet sollen sie sich den Zielen des Neunjahresplans zuwenden und sich bewußt sein, daß es sich dabei um eine Sache von äußerster Dringlichkeit handelt. „Die Menschheit ist im Begriff, in einen Abgrund des Verderbens zu stürzen, beschleunigt durch ihre eigene Torheit. Je länger wir Baha'i in der Erfüllung der Aufgaben, die Gott vor uns ausbreitete, zögern, desto größer wird das Leiden unserer Mitmenschen.“

Weiter: Die deutschen Baha'i haben in den letzten 2 Jahrzehnten vieles geschaffen — Tempel in Langenhain, Verlag zur Verbreitung deutschen Baha'i-Schrifttums — „der Geist des Pionierens blieb jedoch unterentwickelt“. Deshalb sollen sie sich jetzt erheben und in Gebiete umsiedeln, in denen der Baha'i-Glaube noch nicht vertreten ist.

Schließlich riet das Universale Haus der Gerechtigkeit den deutschen Baha'i, die Methode des Lehrens zu ändern. Ihr Fehler sei, daß sie „sich bei weitem zu stark darauf konzentrieren, die Sache unter dem intellektuellen, philosophischen und wissenschaftlichen Blickwinkel zu beleuchten. Selbst wenn sie Christen lehren, scheint dabei der theologische Gesichtspunkt am meisten betont zu werden.“ Natürlich dürfe diese Seite der Lehrarbeit nicht vernachlässigt werden. Aber sie brauche die Ergänzung durch andere Betrachtungsweisen, die dazu dienen, die Freude des Baha'i-Glaubens, die Einheit der Gläubigen, den Geist der Liebe und des Dienens, der Vergebung und der Menschlich-

keit zum Ausdruck zu bringen. Will man die Menschen gewinnen, soll man sie nicht nur intellektuell, sondern im Herzen ansprechen.

Der Nationale Geistige Rat soll auch Wege ausfindig machen, wie die verschiedenen Schichten der deutschen Gesellschaft erreicht werden können: die Armen und Ungebildeten in den Slums, die Bauern in Nord und Süd, die Jugend in den Schulen und an den Universitäten, in der Industrie und in den Kreisen derer, die sich gegen die ganze moderne Gesellschaft auflehnen. „In allen diesen Bereichen werden viele gefunden werden, die für die Botschaft Baha u'llahs bereit sind und auf sie warten.“

Der *Nationale Geistige Rat* beriet mit einer Anzahl Mitarbeiter den Brief aus Haifa. Er stellte fest, daß zur Zeit in 257 deutschen Orten Baha'i leben. Nach dem Neunjahresplan von 1964 soll diese Zahl auf 500 erhöht werden. Bis 1973 sollen noch 260 Orte „erschlossen“ werden. Das bedeutet also praktisch eine *Verdoppelung, die innerhalb von 2 Jahren erreicht werden soll*. Als Nahziel wurde festgesetzt, daß bis Ende April 1971 in jedem Bundesland „5 Orte für den Glauben neu erschlossen“ werden sollen, zusammen 55. Zur Verstärkung der Lehrarbeit sollen 50 bis 60 neue Lehrteams von je 3 Personen gebildet werden. Von einer Einführungsschrift mit Antwortkarte sollen insgesamt 1 Million Exemplare gedruckt werden; die Finanzierung ist durch Spenden bereits gesichert. Die Schrift „Baha'i — Religion nach Maß?“ (MD 1971, 2) ist an 19 000 Theologen gratis verschickt worden. Echo: Bei mir als dem Hauptbetroffenen liefen bis Ende Februar erst zwei Rückfragen ein.

HEILUNGSBEWEGUNG

Spendengelder im Zwielficht

Wie wir wiederholt berichteten, hat *Richard Schley* mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, die zum Rückgang

der Spenden für seine „Indienmission“ führten (MD 1969, S. 55 und 285f). Nach seiner Überzeugung stek-

ken böse Verleumdungen dahinter. In einem Rundschreiben vom 23. Januar 1971 klagt er, daß er auf behördliche Veranlassung keine neue Einreiseerlaubnis für Indien bekommen habe, also dort „momentan nicht missionieren“ könne. Die Zusammenarbeit mit dem in Indien tätigen *Br. Daniel* sei „zerbrochen, denn er ging eigene Wege, die zwar sehr viel Geld kosteten, aber für den Herrn Jesus nichts ausrichteten. Obwohl er zweimal in Deutschland war, waren diese Besuche vergebens.“ Der Gründer der Indien-Mission *Achim Schneider*, mit dem Schley 1965 kurze Zeit zusammenarbeitete, habe sein Vertrauen mißbraucht, indem er seine Spenderkartei abschrieb, um „die Geschwister selbst anzuschreiben, um Spenden zu bitten und die Waisenhäuser (in Indien) später zu übernehmen“. Außerdem habe er Fotos, die Schley in Indien gemacht hatte, von ihm entliehen, nicht wieder zurückgegeben und ohne Erlaubnis damit in verschiedenen Städten eine Fotoausstellung organisiert — „dies alles unter dem Vorwand, für Gott zu arbeiten“.

Ausführlich befaßte sich Richard Schley mit dem Vorwurf, daß er die ihm zugegangenen *Spenden* nicht hundertprozentig für die Verkündigung des Evangeliums verwende, sondern damit auch seinen eigenen Lebensunterhalt bestreite. Er erklärte, das tue auch *T. L. Osborn*. Als er „nach Deutschland kam, kaufte er zuerst von den Spenden ein Auto. Dann neue Schuhe, zog die alten noch nicht kaputt aus und warf diese in die Mülltonne. Ich war sein Dolmetscher und müßte dieses wissen“, schreibt Schley. Ob und wieweit diese Behauptung zutrifft, mag dahingestellt sein. Jedenfalls, auch die „*Glaubensmissionen*“ müssen, stellt Schley fest, Spendengelder für die Bedürfnisse der Mitarbeiter abzweigen: für ihre Ernährung, Kleidung, Flugreisen, Miete, Bewirtung von Gästen, Büro- und Fotoma-

terial, Autobenzin. Darum könne kein Vertreter einer „Glaubensmission“ behaupten und schreiben, er verwende jeden Pfennig ausschließlich zur Ausbreitung des Evangeliums. Er selbst habe überdies auch Schreibmaschinen und Kameras an indische Geschwister „für die Sache Gottes“ verschenkt.

Aufgrund von Anzeigen beschäftigt sich, wie aus dem Rundschreiben hervorgeht, die *Kriminalpolizei* mit R. Schley. In Hannover will sie alle Spender aufsuchen und verhören. „Man behauptet: Ich wäre nie in Indien gewesen, es wären dort nie Wunder geschehen, ich hätte nie das Evangelium durch Traktate, Predigten etc. verbreitet. Seit 5 Jahren werde ich verhört und in die Mangel genommen. Wenn nicht Christus in mir wohnen würde, ich wäre schon längst verzweifelt und hätte mir wahrscheinlich das Leben genommen. Wer sich um Auskünfte an die Kripo oder Staatsanwaltschaft wendet und nicht an mich persönlich, scheint ein geisteskranker Mensch, ein Atheist, aber kein wiedergeborener Christ zu sein. Man wirft mir vor, durch sogenannte Bettelbriefe Geld ergaunert zu haben, aber nie das Wort Gottes zu verkündigen — um mit diesem Gelde ein aufwendiges Leben zu führen und feudale Autos zu fahren.“

Tatsache aber ist, daß ich von wahren Geschwistern in Christo dreimal ein Auto geschenkt bekam und später dann diese Wagen für Neuwagen in Zahlung gab. Tatsache ebenso ist, daß ich meine Wohnungseinrichtung geschenkt bekam und oft nicht wußte, womit ich die Miete am 1. bezahlen soll. Tatsache ebenso ist, daß ich in Asien und anderen Ländern für Christus mein Leben aufs Spiel setzte, Malaria und andere lebensgefährliche Krankheiten bekam und mich einer schwierigen Kieferoperation unterziehen mußte, die heute noch nicht bezahlt ist. Und Tatsache ist, daß ich in Jugoslawien von der Kripo verhört wurde, weil durch meine Predigt